



19. Wahlperiode

**HESSISCHER LANDTAG**

Drucksache 19/6628 Rd  
02108118

**Kleine Anfrage**

des Abgeordneten Müller <sup>(siehe unten)</sup> (FDP)

**betreffend Hassreden („Hate Speech“) und weitere strafbare Meinungsäußerungen im Internet**

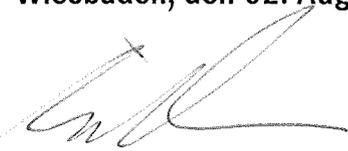
Hassreden und Hasskommentare im Internet, insbesondere in sozialen Netzwerken und Internetforen, nehmen stark zu. Eine intensive Befassung mit dem Thema ist daher erforderlicher denn je.

**Ich frage die Landesregierung:**

1. Wie viele Personen haben seit dem 01.01.2015 aufgrund von menschenfeindlichen, beleidigenden, rassistischen, rechtsextremen, diskriminierenden oder ähnlichen Kommentaren im Internet (z.B. in sozialen Netzwerken, Kommentarforen auf Websites etc.) Strafanzeige bei den zuständigen Stellen im Land Hessen gestellt (bitte wenn möglich zusätzlich aufschlüsseln nach Jahren, Geschlecht und Rechtsgrundlage)?  
- Bitte pro Jahr aufschlüsseln: 2015, 2016, 2017
2. Wie viele der vorbezeichneten Verfahren führten zu Verurteilungen bzw. wurden aus welchem Grund und nach welcher Rechtsgrundlage eingestellt?
3. Wie lange betrug die durchschnittliche Verfahrensdauer bei den vorbezeichneten Verfahren von der Anzeige bis zur Einstellung bzw. Verurteilung und wie hoch sind die durchschnittlich anfallenden Verfahrenskosten, einschließlich der Personalkosten?
4. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse vor, in wie vielen Fällen die unter den Bereich Hasskriminalität fallenden Inhalte nach Löschung an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet wurden und wenn nicht, was tut die Landesregierung, um die tatsächliche Weiterleitung zur strafrechtlichen Verfolgung zu überprüfen?

5. Opfer beklagen fehlende Sensibilität für das Thema Hate Speech auf Polizeidienststellen. Ist der Landesregierung dieser Umstand bekannt und werden Polizeibeamte zum Thema Hate Speech geschult?  
Bitte aufschlüsseln wieviele.
6. Wie beurteilt die Landesregierung die Empfehlung der Antidiskriminierungsstelle, bei den Staatsschutzdienststellen der Polizei eigene Kontaktpersonen für Hasskriminalität einzusetzen und das Thema verstärkt in der Aus- und Fortbildung von Polizei und Justiz zu behandeln?
7. Welche Stellen, die sich u.a. mit der Bekämpfung von „Hate Speech“ und sonstigen strafbaren Meinungsäußerungen im Netz beschäftigen, unterstützt die Landesregierung mit Mitteln in welcher Höhe jährlich (bitte konkret aufschlüsseln)?
8. Hat die Landesregierung vor, eine spezielle Opferberatungsstelle für Hate Speech einzurichten, die Opfern von Hate Speech und digitaler Gewalt aufgrund der digitalen Problematik betreut und die Hilfsangebote bündelt und Daten erhebt?
9. Welche präventiven Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um Nutzerinnen und Nutzern, Anbieter und Mitarbeitende für die Problematik rassistischer Propaganda im Netz und in der gesamten Gesellschaft stärker zu sensibilisieren?
10. Was ist das geplante Vorgehen gegen organisierte Gruppen aus dem rechtsextremen Milieu, die das Netz gezielt für Propaganda nutzen?

**Wiesbaden, den 02. August 2018**



**Stefan Müller**